

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verleger: Carl Neumann.  
Bismarckstr. 25/241.  
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—  
Einzelnummern M. 10,—, Sonntagsausgabe M. 12,—.  
Die Spalte 12 mm breite Zeile M. 20,—, außerhalb Spalte M. 25,—. Familien-  
anzeigen, Anzeigen unter Zeichen u. Wohnungsanzeigen, 1 Spalte 20 u. 25  
25 u. 30, Nachsch. Vorzugsplätze laut Tarif. Unentgeltl. Verkäufe gegen Vorauszahlung.  
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltl. Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Druck- und Verlagsanstalt  
Bismarckstr. 25/40.  
Druck u. Verlag von Nefft & Nefft in Dresden.  
Postfach-Nr. 1066 Dresden.

**PIANOS** Weltmarke. **Wolfframm** Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18. **FLÜGEL** Weltmarke.

## Frankreich gegen das Bradbury-Moratorium.

**Ein fünfjähriges Moratorium unmöglich!**  
Paris, 13. Okt. Die Tagesagentur veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung: Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten fand heute vormittag eine Konferenz statt, um über die Haltung der französischen Regierung hinsichtlich des Artikels 230 des Versailler Vertrags und seine Folgen für die Reparationszahlungen zu beraten. An dieser Konferenz nahmen teil die Delegierten in der Reparationskommission Barthou und Maucière, der Finanzminister De Launay, der Minister für die besetzten Gebiete Ribot, Ministerialdirektor Sedoux und der Direktor am Dual d'Orsen Verettdella-Rocca. Der Vorschlag, den Bradbury der Reparationskommission übermitteln hat, wird den Gegenstand einer eingehenden Prüfung bilden. Der Teil des Vorschlags, der den Plan einer Finanzreform enthält, steht umfangreiche Maßnahmen vor, deren Wirksamkeit besonders von dem guten Willen (!) des Deutschen Reiches abhängt. Es handelt sich um ein Unternehmen auf lange Sicht, von dem man erst in Zukunft Ergebnisse erwarten kann.

Der provisorische Vorschlag, der den Antrag befreit und der ein Moratorium für Deutschland auf fünf Jahre für alle seine Zahlungen vorsieht, erscheint schon jetzt unannehmbar für die französische Regierung, denn er greift die Zukunft und dem Gedächtnis Deutschlands für einen so langen Zeitraum voraus, ohne daß die Alliierten in dieser Hinsicht irgendeine ernsthafte Grundlage der Beurteilung besitzen.

Im allgemeinen hat sich in der Haltung der französischen Regierung seit der Londoner Konferenz im August d. J. nichts geändert. Insbesondere würde es logisch erscheinen — und dieser Ansicht haben sich zweifellos auch die beteiligten Kreise angeschlossen —, daß jede Entscheidung der Reparationskommission in dieser Beziehung auszusprechen würde, bis die alliierten Regierungen die gesamte Reparationsfrage auf der Brüsseler Konferenz, die Ende November oder spätestens Anfang Dezember zusammenzutreten soll, wenn nicht zurecht, so doch wenigstens geprüft haben. (W. T. B.)

### Der Moratoriumsvorschlag Bradburys.

Paris, 13. Oktober. „Leit Journal“ glaubt über den Antrag Bradbury, welcher der Reparationskommission vorliegt, folgende Angaben machen zu können: Deutschland ist von allen Goldzahlungen für fünf Jahre zu entbinden. Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission für die 1921 bis 1925 vorzulegenden Zahlungen Beschlag über die Schuldverschreibungen zu übernehmen, die jede der alliierten Regierungen nach Möglichkeit für sich zu machen suchen würde, und zwar für eigene Rechnung und auf Grund ihrer eigenen Bürgschaft. Mit anderen Worten, es gebe dann keine gemeinsame Garantie der Alliierten. Vom Standpunkte der französischen Interessen erfordert der Antrag Bradbury die ganze Aufmerksamkeit der Regierung und der öffentlichen Meinung. Auch nach diesem Blatte wird sich kaum noch von einer Konferenz in Brüssel gesprochen, die eine Ueberprüfung der Ansichten unter den Alliierten voraussetzt. Sie sei durch die Ereignisse der drei letzten Monate ein wenig verschoben worden. (W. T. B.)

### Julius Favre für die Herabsetzung der deutschen Schulden.

Paris, 12. Okt. Kammer und Senat nahmen heute nachmittag ihre Arbeiten wieder auf. Der Senat vertrat sich nach Erledigung von Geschäftsordnungsfragen bis zum 19. d. M. In der Kammer eröffnete Präsident Raoul Peret die Sitzung. Auf Anfrage des Kammerpräsidenten erklärte Poincaré, die Regierung sei bereit, sofort alle Interpellationen, die sich auf die innere und äußere Politik der Regierung beziehen, zu beantworten. Als erster Interpellant ergab sich der Abgeordnete Margaine (sozialistischer Radikal) in spezifischen Betrachtungen über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Bei Besprechung der Reparationsfrage führte Abgeordneter Favre u. a. aus, man habe Deutschland ein verschleiertes Moratorium gewährt. Die wolle man Deutschland dahin führen, 150 Milliarden Goldmark zu zahlen, die es schulde. Das einzige Mittel, zu einer Regelung der Reparationsfrage zu gelangen, sei in einer vernünftigen Herabsetzung der deutschen Schulden zu suchen. Man habe behauptet, daß Frankreich seine Forderungen nur herabsetzen könne, wenn England und Amerika daselbst täten. Er sei überzeugt, daß Amerika und selbst England bereit seien, die Höhe ihrer Forderungen herabzusetzen. Man müsse die wirtschaftliche Wiedererhebung Deutschlands begünstigen, um die Zahlungen an Frankreich sicherzustellen. Die Stärke Deutschlands liege nicht in seinem Gelde, sondern in der Macht der Arbeit seiner Arbeiter. Es wäre ein Verbrechen, ihr das es keine Sühne gebe, wenn man nicht für den Frieden Opfer an Geld und Eigenliebe brächte. Man müsse eine Politik der Ausgleichung mit England sicherstellen. Eine große Stimmung in England sei gegen jede Politik der Absentee. Das ganze Land werde dem Staatsmanne Weisheit klatschen, der die Politik der Klugheit und der Mäßigung in die Praxis überlebe, die es verlange.

### Die französischen Absichten auf das deutsche Privatvermögen.

Paris, 13. Okt. Die Kammer setzte heute die Interpellationsdebatte fort. Marcel Hubert interpellierte über die Maßnahmen, die die Regierung getroffen habe oder zu treffen gedente, um den Frieden aufrechtzuerhalten und eine gerechte Regelung der Forderungen an Deutschland sicherzustellen. Nach seiner Ansicht müsse ein Arbeitsprogramm aufgestellt werden, um den Frieden fester zu stellen, als bisher. Meinungsverschiedenheiten beständen nur über die Mittel, die zum Ziele führen. Deutschland werde von einem Rachegefühl beherrscht. Man müsse sich also wundern, daß es Franzosen gebe, die sich wegen Zwangsandrohungen aufreizen, die man gegenüber dem im Bankrott befindlichen Deutschland anzuwenden gedenkt. Zahlreiche Deutsche, die sich besonders im Kriegesbereich hätten, hätten ihr Vermögen nach dem Auslande gebracht, aber Frankreich könne aus dem Friedensvertrag das Recht herleiten, das private (!) Vermögen in Deutschland zu beschlagnahmen. (W. T. B.)

### Bayrische Politik.

Man hat die Staaten mit den Frauen verglichen und gesagt, daß diejenigen die besten wären, die am wenigsten von sich reden machten. Das ist manchmal richtig, manchmal aber auch nicht. Bayern macht häufig von sich reden, und seine linksradikalen Gegner bemühen sich krampfhaft, ihm möglichst viel Heftes anzuhängen, aber die gelunde, energische und zielbewusste Politik des Grafen Lerchenfeld hat doch triumphiert und auf der ganzen Linie die Oberhand gewonnen, so daß man heute aus allen Anlässen, die zur Erörterung bayrischer Zustände und Verhältnisse führen, nur immer wieder die Erlernnis herleiten kann, wie gut in Bayern regiert wird. Um die bayrische Politik auf eine feste Grundlage zu stellen, waren vor allem zwei Voraussetzungen erforderlich: die Reinigung der politischen Luft im Lande von den gewissenlosen Elementen, die um schönen Wammus willen ihre eigene Heimat verrieten, und die gründliche Besserung der Beziehungen zum Reich. Nach beiden Richtungen hat Graf Lerchenfeld durch die Ergebnisse nachhaltiger Erfolge sein staatsmännisches Geschick bewiesen. Mit der Berliner Regierung brachte er in dem Konflikt wegen des Schubachbeschlusses das Abkommen zustande, in dem die verantwortliche Reichsleitung förmlich und feierlich die künftige Wahrung der auf Grund der Weimarer Verfassung noch verbliebenen bayrischen Sonderrechte zusagte, und in das Weimarer Reichspräsident griff er mit fester Hand ein. Zunächst kam der Freiherr v. Leoprechting an die Reihe, der entartete Sprößling eines alten bayrischen Geschlechtes, der um einen Jubelstoß von 50 000 entwerteten Papiermark gegen sein bayrisches Stammland mit Frankreich konspirierte und sich dann, als dieses Treiben nicht mehr genug Gewinn abwarf, sich nach Berlin wandte, um dort das Bayernland heimlicher Umtriebe gegen die Republik zu bezichtigen und ihm Absonderungsgefühle vom Reich anzudichten. Das Münchner Volksgericht verhängte über Leoprechting die schwere Strafe, die es nicht der Todesstrafe gibt, lebenslangliches Zuchthaus. Dann kamen die Typen des Rechenbach-Prozesses an die Reihe. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Eisner und seine Helfershelfer Rechenbach bereit waren, das Deutsche Reich zu zertrümmern und den Franzosen bei der Lösung Süddeutschlands und der Rheinprovinz vom Reich die Hand zu bieten. Eine besonders unerfreuliche Zeichnung ist der Journalist Karl Rembe. „Ich kann schreiben rechts, ich kann schreiben links“, sagt der Schmod in Gustav Freitag's „Journalisten“. „Ich verlange nichts als gute Behandlung. Sie sehen, ich habe Charakter.“ Setzt man in dieser kaffischen Kennzeichnung an Stelle der alten Behandlung die „gute Behandlung“, so hat man das Charakterbild dieses unermüdblichen, in allen möglichen Formen schillernden Federträhers vor sich. Dabei ist er im Geldpunkte bedeutend „großzügiger“ als der armenhafte 10 000-Mark-Mann Leoprechting. Bei ihm geht der Verdienst, den er aus seiner gegen das Reich und Bayern gerichteten publizistischen Tätigkeit bezieht, in die Millionen, dank der gefälligen Dame Waluta, die ihm entgegenkommt. Und dieser Edle hat auch noch die Stirn zu erklären, daß es ihm nie um seine Person, sondern stets nur um die Sache und um die Wahrheit zu tun gewesen sei! Das regte dem Fortkündenden des Gerichts mit Recht die Galle auf und gab ihm Veranlassung, festzustellen, daß Rechenbach in dem früheren aus Anlaß der Eisenacher Dokumente gegen ihn angehängten Kriegsschuldigenprozeß, als man im nationalen Interesse einen harten Kampf um die Wahrheit führte, zugehandenemal grob gelogen hatte. Schade um die deutsche Presse, die bisher in aller Welt den Ruf völliger Unschicklichkeit und tadelloser Geinnungsabhängigkeit genoh, daß sie eine so schwere Bloßstellung über sich hat ergehen lassen müssen! Die Scharte muß wettgemacht werden durch künftige peinliche Wachsamkeit der zur Wahrung der Standesehre berufenen Instanzen über das persönliche und berufliche Verhalten der Mitglieder der deutschen Presseorganisationen.

Nachdem nunmehr die hauptsächlichsten Unruhestifter unschädlich gemacht worden sind, werden alle kleineren Größen, die etwa noch Lust hätten, in die gleichen Fußstapfen zu treten, wohl durch die unerbittlichen Strafen, die gegen die Verräter erkannt worden sind, dauernd von jeder Betätigung ihrer üblen Triebe abgelenkt sein, und die bayrische Regierung hat endlich die freie Bahn vor sich, die sie braucht, um sich ungehindert der Sorge um das Wohl der Bevölkerung widmen zu können. Was auf diesem Gebiete jetzt in Bayern in die Wege geleitet wird, ist für das ganze Reich vorbildlich in dem Sinne einer umfassenden sozialen Fürsorge von großen Ausmaßen, die von dem gemeinsamen starken Willen aller Erwerbstätigen ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses getragen wird. Der Begriff der Sozialpolitik hat ja längst aufgehört, sich in dem früheren engherzigen Sinne der Arbeiterfürsorge zu erschöpfen. Sozial wirken heißt heute ganz allgemein gegen die Not und den Hunger kämpfen, von denen keine, keineswegs bloß bei der Arbeiterklasse zu findende Volkskreise bedroht werden. Der ganzen Nation, die mit wenigen Ausnahmen unter der fortschreitenden Geldentwertung in schwerster Weise leidet, in einigermaßen erträglicher Weise über den Winter hinwegzuhelfen, der diesmal mit besonders fürchtenswerten Gebärden bräut, — da ist die hohe soziale Aufgabe, die von der Allgemeinheit

## Die Schwierigkeiten der Devisenverordnung.

### Unzulängliche Kontrollorganisation.

Wagner-Druckerei der Dresdner Nachrichten.  
Berlin, 13. Okt. Die technische Durchführung der Devisenverordnung gegen die Devisenverfälschung begegnet erheblichen Schwierigkeiten, so daß besonders die Ausführung bestimmungen notwendig werden. Besonders ist die Ueberwachung des Devisenverkehrs noch nicht geklärt. Die Reichsbank, die mit ihren örtlichen Niederlassungen diese Ueberwachung ausüben sollte, hat sich gegen die Uebernahme dieser Kontrolle ausgesprochen, weil die Kundenschaft der Reichsbank hierin eine weitere Preisgabe des Bankgeheimnisses erblickt und abwenden könnte. Andererseits ist die Organisation der Außenhandelsstellen, die zur Ueberwachung herangezogen werden sollen, nicht in dem erforderlichen Maße ausgebaut. Außerdem unterliegen die Außenhandelsstellen, z. B. in dem Rheinlande, der Entente-Kontrolle, so daß die Wirkung der Ueberwachung fraglich werden würde. Ueber die endgültige Regelung der Ueberwachung des Devisenverkehrs sind deshalb neue Beratungen einberufen worden, über die man in den demnächst zu erlassenden Ausführungsbestimmungen Näheres erfahren wird. Bis jetzt haben sich die Verhandlungen dahin geklärt, daß vorläufig die Finanzämter die Prüfung über den An- und Verkauf der ausländischen Zahlungsmittel übernehmen werden.

### Chamberlain für Lloyd George.

London, 13. Okt. Der konservative Minister Chamberlain erklärte in einer mit großer Spannung erwarteten Rede in Birmingham: In diesen Tagen des Ringens und der Not müssen die Konservativen ihre eigenen Parteiziele und alle persönlichen Erwägungen der Wohlthat der Partei und des Reiches unterordnen. Es würde angebracht sein, wenn die Arbeiterpartei kommenden Drohung ein Verbrechen sein, es zum Bruch der Koalition kommen zu lassen. Er habe mit Lloyd George in vollem Einklang zusammengeteilt. In allem, was er selbst getan und gesagt habe, seitdem er seine jetzige Stellung einnehme, habe er mit voller Zustimmung seiner unionistischen Kollegen im Kabinett gehandelt. Unter großem Beifall erklärte Chamberlain: Wenn die Arbeiterpartei die Majorität erhält, so würde die Verantwortung derer schwer sein, die in einer Zeit nationaler Gefahr nicht national denken könnten.

In Bezug auf die auswärtige Politik rechtfertigte Chamberlain die Haltung der britischen Regierung. Er kritisierte die Haltung der Opposition während der Orientkrisis und sagte, die Regierung sei die Erbin der von Asquith und Grey eingeleiteten Politik. Der letzte Krieg sei das Ende der von Asquith dauernd geübten Berufsdiplomatie gewesen. Obgleich er nicht sagen wolle, daß der Weltkrieg hätte vermieden werden können, so hoffe er doch sehr, daß eine bestimmte Erklärung der britischen Politik vor dieser Zeit und damit auf Seiten Deutschlands die Erkenntnis, wie weit es gehen könne und wo es Halt machen müsse, die Ereignisse im großen Maße hätte beeinflussen können.

### Die Verhandlungen über den Ausgleich.

(Drahtmeldung unter Berliner Schiffsleitung.)  
Berlin, 13. Oktober. Heute nachmittag berieten im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die allgemeinen Fragen der Ausgleichszahlungen. Bei den Verhandlungen wird man sich mit der Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu befassen haben. Deutschland kann angesichts seiner augenblicklichen Wirtschaftslage weder Ausgleichs- noch Reparationszahlungen in nächster Zeit leisten.

**Dollar (Amtlich): 2725**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 2675